

Presseinformation

19. Oktober 2010

„Donaubrücke bringt Standortqualität und Lebensqualität für NÖ“

LH Pröll zur bevorstehenden Eröffnung

Am 30. Oktober wird die Donaubrücke Traismauer nach drei Jahren Bauzeit offiziell ihrer Bestimmung übergeben. „Die Eröffnung der Donaubrücke Traismauer bedeutet mehr Lebensqualität, eine Aufwertung der Standortqualität und eine neue Zukunftsperspektive für das Bundesland Niederösterreich“, sagte dazu Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll im Rahmen einer Pressekonferenz am heutigen Dienstag.

„Die Brücke wird die Standortqualität des Bundeslandes enorm stärken“, so der Landeshauptmann, der besonders auf die bessere Anbindung des Weinviertels an den niederösterreichischen Zentralraum verwies. So gäbe es nun eine direkte Autobahnverbindung zwischen Mistelbach und St. Pölten über die Strecke A 5 - S 1 - S 5 - S 33 - A 1. Für die Autofahrer bringe dies eine wesentliche Zeit- und Wegersparnis. So hätte bisher, ohne Nordautobahn, S 1 und Donaubrücke Traismauer, eine Autofahrt von Mistelbach nach St. Pölten rund zwei Stunden gedauert, dank der neuen Verkehrsverbindungen würde man für diese Strecke nur mehr 1 Stunde und 15 Minuten benötigen, so Pröll: „Das bedeutet eine Ersparnis von 45 Minuten.“ Weiters könnten durch die neue Brücke rund 13,5 Kilometer eingespart werden. „Bei rund 10.000 Fahrzeugen pro Tag werden somit rund 135.000 Kilometer pro Tag eingespart“, skizzierte der Landeshauptmann einen weiteren Effekt der neuen Donaubrücke.

Für den niederösterreichischen Zentralraum sei eine wesentliche Verkehrsentlastung zu erwarten, weil im untergeordneten Straßennetz Durchfahrtsverbote für Lkw erlassen werden, informierte Pröll. Betroffen davon sind die B 1 (Tulln bis St. Pölten), die B 19 (Tulln bis zur Westautobahn) und die B 43 (Tulln bis Traismauer). In den anliegenden Gemeinden werde „eine vollkommen neue Lebensqualität einziehen“, betonte der Landeshauptmann.

Abschließend wies Pröll auch darauf hin, dass die Donaubrücke kostengünstiger als ursprünglich vorgesehen errichtet werden konnte, so seien statt der geplanten 170 Millionen Euro rund 150 Millionen Euro für den Bau erforderlich gewesen.

Zum Thema Schule merkte der Landeshauptmann an, dass es darum gehe, „eine

Presseinformation

Schulstruktur zustande zu bringen, die im Interesse der Schülerinnen und Schüler liegt und gleichzeitig rationell abgewickelt werden kann". Der Bund solle in der Grundsatzgesetzgebung klare Rahmen vorgeben, so Pröll: „Unser Anliegen ist es, die Umsetzung der Bildungsziele über die Bundesländer zu gewährleisten, weil die Bundesländer die Gegebenheiten vor Ort am besten kennen."